

**1. Änderung der Satzung
über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen
Feuerwehr der Gemeinde Am Mellensee**

Aufgrund des § 27 Abs. 4 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (BbgBKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.05.2004 (GVBl. I/04 S. 197), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23.09.2008 (GVBl. I/08 S. 202, 206) in Verbindung mit §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziffer 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburgs (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32] hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee in ihrer Sitzung vom 10.12.2014 folgende Satzung beschlossen.

Artikel 1

Änderung zur Satzung

Die Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Am Mellensee vom 21.03.2012 wird wie folgt geändert:

Der § 1 wird in Nr. 3 wie folgt ergänzt:

Jährliche Aufwandsentschädigung für die Angehörigen der Feuerwehr mit
Sonderfunktionen:

- | | |
|---|----------|
| • Kinderwart/in der Gemeinde Am Mellensee | 100,00 € |
|---|----------|

Artikel 2

In-Kraft-Treten

Diese 1. Änderung zur Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Am Mellensee tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Am Mellensee, 11.12.2014

F. Broshog
Bürgermeister

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende 1. Änderung zur Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Am Mellensee wird hiermit bekannt gemacht. Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Kommunalverfassung kann gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn:

- a) wenn eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordentlich bekannt gemacht,
- c) der Bürgermeister hat den Beschluss der Gemeindevertretung vorher beanstandet,
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Vorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel betrifft.

Am Mellensee, 11.12.2014

F. Broshog
Bürgermeister